

# Mehr deutsche Soldaten in UN-Friedensmissionen? Ja!

Roderich Kieseewetter

Der Völkermord in Ruanda, bei dem bis zu eine Million Menschen ihr Leben verloren, jährt sich im Jahr 2014 zum 20. Mal. Das tragische Versäumnis der internationalen Gemeinschaft, den Genozid zu verhindern, hatte weitreichende Folgen in Bezug auf die Diskussion um völkerrechtliche Handlungspflichten und Eingriffsrechte. Innerhalb der Vereinten Nationen war dieses Scheitern Auslöser dafür, grundlegend die Effektivität bestehender Institutionen und Verfahren zu hinterfragen sowie über den strategischen Ansatz der UN-Friedensmissionen nachzudenken. Hieraus wurde das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect – R2P) entwickelt. Gemäß der Schutzverantwortung ist jeder souveräne Staat dafür verantwortlich, seine Bevölkerung vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen oder Völkermord zu schützen. Kommt ein Staat dieser Verantwortung nicht nach, geht die Schutzverantwortung auf die Staatengemeinschaft über. Dies kann als *ultima ratio* auch zu einer militärischen Intervention berechtigen.

Die Verantwortung zur Prävention und Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen darf für Deutschland kein Lippenbekenntnis bleiben. Hierbei geht es nicht nur um eine moralische Verpflichtung zum Schutz von Bürgern anderer Staaten. Die Krisen der jüngsten Vergangenheit, sei es in der Ukraine oder in Syrien, haben uns vor Augen geführt, dass, obwohl Deutschland von Freunden umgeben ist, die unmittelbare Nachbarschaft der Europäischen Union von schweren gewaltsamen Konflikten geprägt ist.

Die aktuellen Impulse unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck und unserer Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen haben die deutsche und europäische Sicherheitspolitik ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Die hierdurch angestoßene öffentliche Debatte zum deutschen Engagement in Krisenregionen ist ein erster wichtiger Schritt hin zur Entwicklung einer kohärenten außenpolitischen Strategie. Eine im Mai 2014 veröffentlichte repräsentative Erhebung, die vom Auswärtigen Amt und der Körber-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, ergab, dass die Mehrheit der Deutschen einen Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland aus humanitären Gründen befürwortet. Wenn es darum geht, einen Völkermord zu verhindern, wenn Frieden und Sicherheit in Europa gefährdet sind oder ein Bündnispartner direkt bedroht ist, sprechen sich die Deutschen für ein militärisches Engagement aus.

Bislang beteiligt sich Deutschland zwar als viertgrößter Beitragszahler finanziell signifikant an den internationalen Friedensmissionen, stellt aber bei UN-

geführten Einsätzen gegenwärtig nur rund 260 Soldatinnen und Soldaten sowie Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung. Das stärkste UN-Kontingent bilden rund 150 Soldatinnen und Soldaten bei der UNIFIL in Libanon, während sich die anderen Einsatzkräfte auf die Missionen MINURSO (Westsahara), MINUSMA (Mali), UNMISS (Südsudan), UNAMID (Sudan), UNMIL (Liberia), UNMIK (Kosovo) und UNAMA (Afghanistan) verteilen.

Es ist wichtig, darauf zu achten, dass das deutsche Engagement in Zukunft unserer Rolle in Europa angemessen ist und wir als zuverlässiger Partner in der internationalen Gemeinschaft zur Lastenteilung beitragen. Das kann durchaus bedeuten, mehr Bundeswehrsoldaten in UN-geführte Friedensmissionen zu entsenden, auch wenn diese explizit als Kampfeinsatz im Rahmen der Schutzverantwortung zur Verhinderung von Völkermord mandatiert sind. Jedenfalls sollte die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland dieses Thema aufgreifen und ergebnisoffen diskutieren. Denn mit Blick auf die Verantwortung Deutschlands als starker Impulsgeber in der EU brauchen wir zunächst eine breit geführte Debatte in fünf Bereichen: 1. Interessen, 2. Aufgaben, 3. Instrumente und 4. regionale Schwerpunkte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Zudem bedarf es 5. einer klaren Kommunikationsstrategie, die darauf abzielt, der Bevölkerung und unseren Partnern das deutsche Engagement umfassender zu erklären. Man sollte darauf achten, die Diskussion nicht zu sehr auf das Militärische zu verengen. Die Konflikte in Afrika, aber auch in anderen Teilen der Welt, die eine massive Bedrohung für die Wahrung der Menschenrechte darstellen, werden sich nicht allein militärisch lösen lassen. Nur eine ganzheitliche, koordinierte, zivilmilitärische Strategie, die darauf abzielt, die Lebenssituation der Menschen in Krisenregionen nachhaltig zu verbessern, kann zu einer dauerhaften Durchsetzung der Menschenrechte führen, das ist ganz im Sinne vernetzten Handelns.

Den Vereinten Nationen kommt hierbei eine maßgebliche Rolle zu. Sie sind, ungeachtet der zahlreichen Herausforderungen, die Organisation mit der größten multinationalen Legitimationskraft und leisten durch Krisenprävention und Wiederaufbau, aber auch durch zahlreiche Friedensmissionen, einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung von Konfliktregionen und damit zur Wahrung der Menschenrechte. Deutschland sollte die UN deshalb nachhaltig finanziell, aber auch personell unterstützen, sowie Beiträge zur Strategiebildung der Vereinten Nationen im Sinne des genannten Fünfklangs leisten.



**Roderich Kieseewetter**, geb. 1963, ist seit dem Jahr 2009 Mitglied des Bundestages, Obmann der CDU/CSU-Fraktion für Auswärtiges und im NSA-Untersuchungsausschuss sowie Präsident des Reservistenverbandes.